



Scirocco
borderline-europe, Sizilien –
Teil 14/2022
Palermo, 30.07.2022



Scirocco borderline-europe, Sizilien – Teil 14/2022

Palermo, 30.07.2022

Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo im Zeitalter der Pandemie erscheint ab März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus. Scirocco ersetzt das Corona Update Italien.

Politische und soziale Situation

Italienische Medien erhalten **keine Informationen** mehr über die Zusammenarbeit italienischer Behörden mit der libyschen Küstenwache, denn künftig werden Informationen über die grenzüberschreitende „Sicherheitszusammenarbeit“ und solche im Zusammenhang mit dem "Grenz- und Einwanderungsmanagement" vor der Öffentlichkeit geheim gehalten.



Küstenwachtschiff im Hafen von Palermo

Das **entsprechende Dekret** zur **Einschränkung der Informationsfreiheit** wurde bereits vor vier Monaten von Innenministerin Luciana Lamorgese unterzeichnet. Dieses betrifft nicht nur die Geheimhaltung der Lieferung dreier Boote und **weiterer Ausrüstung** an die sog. libysche Küstenwache, sondern auch Informationen über die "internationale polizeiliche Zusammenarbeit" Italiens mit anderen Staaten, u.a. die Frontex-Einsätze.

Demnach dürfe die EU-Grenzschutzagentur keine Dokumente mehr herausgeben, wenn sie Italien betreffen – dabei leitet Italien zwei große europäische Missionen im Mittelmeer („Irinì“ und „Themis“), die Teil der Migrationsabwehr des europäischen Grenzregimes sind. **Luisa Izuzuiza von Fragden Staat** kritisierte diesbezüglich, dass europäische Regierungen und Institutionen zunehmend den Zugang zu migrationsbezogenen Informationen verweigerten, damit sie für ihr (rechtswidriges und menschenverachtendes) Handeln nicht zur Rechenschaft gezogen werden können. Darüber hinaus hält das italienische Innenministerium **Daten über Aufnahmezentren für Migrant*innen** zurück, wie die Beobachtungsplattform für alle Aufnahmezentren für Asylsuchende und Geflüchtete in Italien, Centri d'Italia, berichtet. Diese **Plattform** wurde vergangenen Februar gemeinsam von ActionAid Italia und Openpolis ins Leben gerufen, damit die Zivilbevölkerung politische Ereignisse und Entscheidungen nachvollziehen und auf Basis transparenter Informationen bewerten kann. Die **Wichtigkeit eines zivilgesellschaftlichen Kontrollmechanismus** zeigt sich darüber hinaus an der geplanten Zusammenarbeit zwischen Italien, der Türkei und der NATO im Schwarzen Meer, sowie der **militärisch-industriellen Partnerschaft** zwischen den beiden Staaten, welche die Handlungsmacht der türkischen Regierung in Libyen vergrößern wird. Solche Kooperationen müssen in demokratischen Staaten kontrollierbar sein, damit Menschenrechtsverletzungen aufgedeckt und verurteilt werden können.

Das Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik und der nationale Verband der italienischen

Gemeinden (ANCI) haben einen [Bericht](#) über die **menschenunwürdigen Wohn- und Lebensbedingungen von migrantischen Landarbeiter*innen** („Braccianti“) veröffentlicht. Aus diesem geht hervor, dass es in den [informellen Unterkünften](#) der Arbeiter*innen kaum grundlegenden Dienstleitungen und praktisch keine Maßnahmen der sozialen und gesundheitlichen Betreuung gibt. Die fehlende Integration in lokale Gemeinschaften und die [zunehmende „Ghettoisierung“](#) der über 10.000 Braccianti, so der Bericht, erleichtert die Ausbeutung und maximiert den Profit für Unternehmen. Zudem verschlechterten sich dadurch die Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialbedingungen ganzer Gebiete. Über die Kämpfe von Braccianti berichteten wir bereits in der [vorherigen Ausgabe](#) dieses Newsletters.

Derzeit häufen sich Fälle von **Betrug und Ausbeutung von Migrant*innen in Aufnahmezentren**. Nachdem wir im Juli bereits über drei entsprechende Vorfälle berichteten, sind nun weitere Fälle in Palermo und Santa Cesarea bekannt geworden: In [Palermo](#) wurden fünf Personen festgenommen, unter ihnen der*die Betreiber*in eines Aufnahmezentrums, weil sie in einem Unternehmen für Reinigungsdienstleistungen des Consorzio Diadema fünf geflüchtete Frauen ausgebeutet haben. Die betroffenen Frauen mussten 10-12 Stunden am Tag arbeiten und erhielten dafür nur 400€ im Monat. Die Gesellschaft von [Santa Cesarea Terme](#), welche 14 Unterkünfte (CAS) in der Provinz verwaltet, machte hingegen Falschangaben in Erstattungsanträgen, um sich auf dem Rücken von Geflüchteten zu bereichern. Entgegen offiziellen Angaben wurden dort die erforderlichen Hygiene- und Verpflegungsstandards nicht erfüllt.

Auch in diesen Sommermonaten gibt es viele autonome Ankünfte auf der **Mittelmeerinsel Lampedusa**, wo die humanitäre Situation noch immer angespannt ist und die Untersuchungen [gegen die Betreiber*innen](#) des Hotspots der Contrada Imbriacola gerade erst beginnen. Derzeit steigt die Zahl untergebrachter Geflüchteter wieder, sodass sich [rund 1.900 Personen](#) und nicht selten auch mehr Menschen eine Infrastruktur teilen müssen, die für lediglich 350 Personen vorgesehen ist. Aufgrund des Rücktritts des italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi und der dadurch hervorgerufenen Neuwahlen im September dieses Jahres, wird die Situation auf Lampedusa **politisch für den Wahlkampf instrumentalisiert**. Vor der [Gefahr eines Rechtsrucks](#) warnt auch der ehemalige Bürgermeister der Insel und Vorsitzender der PD-Fraktion im Stadtrat von Lampedusa und Linosa, [Totò Martello](#).



Contrada Imbriacola, Lampedusa Hotspot

Besonders der Besuch des ehemaligen italienischen Innenministers Matteo Salvini bereite Martello Sorgen, denn dieser instrumentaliere die Frage der Aufnahme und Koordination von Geflüchteten und damit das Schicksal unzähliger Menschen für einen rechten Wahlkampf. Auch die [faschistische Fratelli d'Italia \(FdI\)](#) Partei um Giorgia Meloni könnte laut aktuellen Umfragen starke Wahlergebnisse erzielen.

Situation der Geflüchteten

Durch einen **humanitären Korridor** wurden am 27. Juli rund **230 afghanische Flüchtlinge**, die sich seit August letzten Jahres in Pakistan aufhielten, nach Italien ausgeflogen. Diese Evakuierung wurde bereits am 4. November 2021 vom italienischen Staat beschlossen und nun gemeinsam mit nicht-staatlichen Verbänden durchgeführt. Trotz der **Verschlechterung der Menschenrechtslage** in Afghanistan wartet noch immer ein Großteil der **1.200 Afghan*innen** auf die versprochene Ausreise nach Italien. Ebenfalls per Evakuierungsflug in Italien gelandet sind **85 schutzbedürftige Asylsuchende** aus Libyen. Die Betroffenen werden nun durch **MSF Italien** (Medici senza Frontiere) betreut. Einige von ihnen werden in der interdisziplinären Ambulanz für Überlebende von vorsätzlicher Gewalt und Folter untergebracht, andere in staatlichen Aufnahmeeinrichtungen. Dort werden sie medizinisch und psychologisch betreut, um die Grausamkeiten von Folter, Misshandlungen und Missbrauch in libyschen Gefangenenlagern zu verarbeiten.

Geflüchtete, die an den Küsten Italiens ankommen, werden zunehmend jünger.

Unter ihnen sind immer mehr (unbegleitete) minderjährige Personen. Allein im **Hotspot von Lampedusa** befinden sich in den letzten Julitagen etwa hundert Kinder und zweihundert unbegleitete Jugendliche unter fünfzehn Jahren, dies trotz der katastrophalen humanitären Lage im Erstaufnahmezentrum Contrada Imbriacola, welche bereits **vor Wochen** öffentlich bekannt wurde. Und auch unter den 659 aus Seenot geretteten Menschen auf dem zivilen Seenotrettungsschiff **Geo Barents**, den 439 Schiffbrüchigen auf der Sea Watch 3 sowie

den 387 Personen an Bord der **Ocean Viking** befinden sich immer mehr Kinder- und Jugendliche.

Der **Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Italien wegen der "unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung" eines minderjährigen Jungen aus Gambia verurteilt**. Ousainou Darboe wurde mehr als vier Monate in einem Lager für Erwachsene untergebracht, sodass ihm nicht nur Beziehungen zu Gleichaltrigen verwehrt, sondern auch notwendige psychologische Unterstützung vorenthalten wurde. Damit hat Italien in Hinblick auf die grundlegende Bedeutung des Kindeswohls sowohl gegen nationales Gesetz als auch gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen. Dies ist nur eine von vielen Gefahren, denen (unbegleitete) Kinder ausgesetzt sind. Auf Lampedusa wirken sich auch **die extremen Umweltbedingungen und die Überbelegung** des Hotspots Contrada Imbriacola besonders kritisch auf die Lebensumstände minderjähriger Geflüchteter aus. Weitere Informationen zur schwierigen Situation von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in Italien finden sich **hier**.



Foto: Ozan Safak, Unplash

In der **Provinz Ragusa** ist seit dem **2. Juli** ein **Mann ivorischer Herkunft verschwunden**. Zuvor hatte **Daouda Diane** die schrecklichen Arbeitsbedingungen in einer Betonfabrik in zwei Videos festgehalten

und an seinen Bruder geschickt. "Das ist die Hölle, das ist der Tod", kommentierte Diane die Arbeitsbedingungen in der Fabrik. Seitdem hat niemand mehr etwas von ihm gehört, auch sein Mobiltelefon ist verschwunden und ausgeschaltet. Am 22. Juli hat die [Gewerkschaft Usb](#) gemeinsam mit rund 500 Personen vor dem Sitz der Präfektur in Ragusa protestiert, damit die Suche nach Diane fortgesetzt wird.

Am 29. Juli wurde Alika Ogorchukwu in Civitanova Marche von Filippo Claudio Giuseppe Ferlazzo auf offener Straße und am helllichten Tag erschlagen. Der 39-jährige Nigerianer wurde Opfer eines rassistisch motivierten Angriffs, doch ebenso schlimm ist, dass niemand der zuschauenden Personen ihm geholfen hat, als Ferlazzo ihn niederschlug und mit ihm rang, bis Alika verstarb. Statt einzugreifen, filmten die Umstehenden das Geschehen. Ferlazzo nahm dann das Handy des Toten an sich und versuchte zu entkommen, wurde jedoch verhaftet. Alika hatte eine Ehefrau und einen kleinen Sohn. Ist die Gesellschaft, die auch tägliche ohne jeglichen Protest das Sterben von Geflüchteten an den Grenzen und auf See zulässt, inzwischen so verrotzt, dass ein Mord nur noch als Videohighlight gilt?



Foto: Ron McClenny, unplash

Das Verfassungsgericht hat in einem Urteil vom 26. Juli festgelegt, dass Migrant*innen und Staatenlose, die mit einer*em italienischen Staatsbürger*in verheiratet waren, [dennoch ein Recht auf den Erwerb der italienischen Staatsbürgerschaft](#) haben, auch wenn der/die Partner*in verstirbt. Dies war vom Gesetzgeber nicht vorgesehen und soll sich nun mit dem Gesetz 195/2022 ändern. Die Voraussetzungen für einen Antrag auf Staatsbürgerschaft sowie die Mindestzeiten einer Ehe müssen weiterhin eingehalten werden.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#) sowie in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#).

Kontakt

[borderline-europe](#)

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

<https://www.borderline-europe.de/italia@borderline-europe.de>

Änderung in der Rechtsprechung